

Abgeordnete des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Deutsche Minderheiten gibt es in 25 Ländern Europas und Zentralasiens. Offiziellen Zahlen nach leben in diesen Staaten über eine Million Deutsche. Von Dänemark über Polen, das Baltikum, Russland, ganz Osteuropa und den Balkan bis nach Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan gibt es sehr aktive und lebendige Vereine und Verbände der deutschen Minderheiten, die sich tagtäglich dafür einsetzen, Sprache, Kultur und Tradition ihrer Vorfahren lebendig zu erhalten.

In vielen osteuropäischen Staaten weichen die offiziellen Zahlen der Angehörigen der deutschen Minderheit von den tatsächlichen ab, da sich viele aus Angst vor Diskriminierung noch immer nicht öffentlich zu ihrer deutschen Identität bekennen wollen. Schätzungen nach ist die Zahl der Angehörigen der deutschen Minderheit in vielen Ländern oftmals dreimal so hoch wie offizielle Zahlen belegen.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten ist ein informelles Gremium unter dem Dach der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten. Die FUEN ist die größte europäische Organisation, die sich für die Rechte der nationalen, autochthonen Minderheiten einsetzt. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten ist die älteste Arbeitsgemeinschaft der FUEN und vereint aktuell Verbände der deutschen Minderheit aus 20 Ländern Europas und Zentralasiens.

In den meisten Ländern Osteuropas und Zentralasiens wurden deutsche Minderheiten bis zur politischen Wende der 80er und 90er Jahre von den Grundsätzen des demokratischen Staates ausgeschlossen. Dies äußerte sich in der fehlenden rechtlichen Anerkennung der gesamten deutschen Gemeinschaft, die eine institutionelle Tätigkeit unmöglich machte und oftmals mit kultureller und sprachlicher Diskriminierung verbunden war. Diese Situation führte in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zur Migration von Hunderttausenden Deutschen aus ihren Heimatländern nach Deutschland und darüber hinaus sowohl zu erzwungener als auch unbewusster Assimilation der verbliebenen Gemeinschaften. Eine der Konsequenzen daraus ist, dass Angehörige der deutschen Minderheit heutzutage oftmals nur über unzureichende Deutschkenntnisse verfügen und somit einer der wichtigsten Identitätsträger – die Sprache – fehlt. Zusammen mit der Angst sich in der Öffentlichkeit zur deutschen Identität zu bekennen, haben wir es momentan mit einer sehr fragilen Situation der deutschen Identität in Osteuropa und Zentralasien zu tun.

Zur politischen Lage der deutschen Minderheiten in den Ländern der EU und ehemaligen Sowjetunion ist es wichtig, zwischen den Ländern zu unterscheiden. Im Zuge der EU-Osterweiterung wurden die Staaten verpflichtet, unter anderem den Schutz der

Minderheitenrechte aktiv zu implementieren. Das ist in den GUS-Staaten nicht der Fall und beeinflusst negativ auch die deutschen Minderheiten in diesen Ländern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die sozialpolitische Situation und die Nachkriegsverfolgung der Deutschen in den Ländern des gesamten Mittel- und Osteuropas in der Folge des Zweiten Weltkrieges anerkannt und die gemeinsame Verantwortung für die Überwindung dieser Konsequenzen übernommen. Mit Freude konnten wir beobachten, wie sich in der deutschen Politik die Überzeugung verankert hat, dass die Gemeinschaften der deutschen Minderheit eine natürliche Brücke zwischen ihren Wohnsitzländern und Deutschland darstellen. Wir möchten aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir uns sowohl als loyale Bürgerinnen und Bürger unserer Länder sowie als Teil der deutschen Kulturnation verstehen. Aufgrund dessen möchten wir von Deutschland nicht nur durch das Prisma des Kriegsfolgenschicksals betrachtet werden, sondern als Landsleute, die für die Stärkung ihrer Identität eine Bindung an die deutsche Kultur benötigen.

Die Minderheiten allgemein, so auch die deutschen Minderheiten in ihren Ländern, begrüßen den Einsatz Deutschlands zur Stärkung der demokratischen Grundsätze. Hier darf ich mit Sicherheit feststellen, dass deutsche Minderheiten in den Ländern Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion in den Zeiten der politischen Wenden in den ersten Reihen standen, um den Zivilgesellschaften in ihren Ländern unter die Arme zu greifen und sich an den Demokratisierungsprozessen zu beteiligen. In vielen Fällen waren gerade die Angehörigen der deutschen Minderheit diejenigen, die das Vereinsleben in ihren Ländern ins Leben gerufen haben. Auch heute sind die deutschen Minderheiten die aktivsten Befürworter der europäischen Integrationsprozesse, da die Integration für viele einfach die Sicherheit vor den Nationalismen bedeutet.

In vielen von uns bewohnten Ländern sind noch immer keine öffentlichen Bildungssysteme für die Minderheit geschaffen worden, die uns eine wirksame Unterbrechung des Verlustprozesses bzw. den Wiederaufbau der Rolle der deutschen Sprache im sozialen und familiären Leben ermöglichen könnten. Darüber hinaus ist der Prozess der Identitätsübertragung weiterhin, aufgrund der häufig mangelnden Unterstützung in Form von Kulturinstitutionen, geschwächt. Programme und Projekte, die zur Verbreitung der gegenwärtigen deutschen Kultur und Vermittlung des modernen Deutschlandbildes im Ausland beitragen, sind elitärer Natur, fokussiert auf die Großstädte und erreichen oftmals nicht die Regionen, die von der deutschen Minderheit bewohnt werden. Hier plädieren wir dafür, diese Vorgänge anzupassen und einen größeren Akzent auf die Bewahrung und Förderung der deutschen Identität und Sprache zu setzen. Und das bitte in deutscher Sprache!

Alle unsere Gemeinschaften sind sich nach jahrelanger Erfahrung darüber im Klaren, dass sie ohne neue und effektive Maßnahmen im Bereich der Bildung und Kultur sowie der Gründung von eigenen professionellen Institutionen bzw. Organisationen die Aufgabe der Aufhaltung des Verlustprozesses der kulturellen und sprachlichen Identität nicht bewältigen können.

Direkte Projektförderungen für die deutschen Minderheiten aus dem Topf der AKBP im Auswärtigen Amt betragen gerade einmal zirka 1 Euro pro „Kopf“ unter den Angehörigen der deutschen Minderheit in diesem Jahr. Daher fordern wir das Recht auf eine besondere Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung in Bezug auf eine breitverstandene Kultur, die auf der deutschen Sprache basiert. Die Grundlage dafür ist sowohl ein angemessen entwickeltes Bildungswesen, das auf der deutschen Sprache beruht, als auch eine außerschulische Bildung, die im Leben der nationalen Minderheiten äußerst wichtig ist.

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich die zahlenmäßig kleinsten Gemeinschaften, die kaum eine praktische Unterstützung erhalten, oder dessen Unterstützung an ihre Möglichkeiten nicht angepasst wurde. Anstatt ihre Energie auf sprachliches, kulturelles und mediales Handeln zu richten, werden sie dazu gezwungen, ihre Energie auf die Bekämpfung von existenziellen Grundproblemen, wie z.B. Unterhaltung eines Büros oder finanzielle Erhaltung von Projekten zu richten.

Nicht nur die Finanzen, sondern auch symbolische Gesten sind für die Minderheit sehr wichtig. Sie dienen auch dem Zweck der Stärkung der Identität, sind aber ebenso als Form der politischen Unterstützung von immenser Wichtigkeit. So schickt Deutschland die Botschaft, dass ihr die deutsche Minderheit am Herzen liegt und sie ein wichtiger Brückenbauer in den zwischenstaatlichen Beziehungen ist. Kurz erklärt: Bei den Staatsbesuchen aus Deutschland in dem jeweiligen Land, in dem eine deutsche Minderheit lebt, wäre es ein gutes Zeichen diese Minderheit auch zu besuchen, beziehungsweise, die Vertreter der Minderheit zum Programm des Besuchs einzuladen oder ein Treffen fest einzuplanen. Ich bin sicher, dass so eine Aktivität der auswärtigen Politik, die gar nichts kostet, aber dennoch versichert, dass die Menschen der DMI als Landsleute betrachtet werden, eine Unterstützung des Auswärtigen Ausschusses bekommen kann.

Wir appellieren für eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung vor allem deswegen, weil wir neue Möglichkeiten für die Entwicklung unserer Gemeinschaften sehen. Ich trage an dieser Stelle den Wunsch an Sie heran, Ihre deutschen Landsleute in Europa- und in der ehemaligen Sowjetunion tatkräftiger zu unterstützen, die AKBP strategischer auszurichten und die Hüter der deutschen Kultur und Tradition sowie eine noch nicht richtig entdeckte und wahrgenommene Quelle, die eine wichtige Soft-Power im kulturellen, diplomatischen und integrationsgesellschaftlichen Sinne in sich verbirgt, entsprechend finanziell auszurüsten.

Bernard Gaida

Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN

In Berlin, 10. Mai 2021